[illegible] auf die Standgerichte des Jahres 1919 gerechtfertigt. Der „Vorwärts" findet diesen Vergleich „ebenso treffend wie bemerkenswert". Das ist er in der Tat.

Im Jahre 1919, in der Zeit der Geburtswehen der Weimarer Verfassung, die heute von den Anhängern der „Eisernen Front" im Arbeiterrock und von den monarchistischen Grafen in der Regierung in Bratenrock und Zylinder gefeiert werden soll, herrschte in Deutschland der blutige Noske-Terror, wüteten Eberts Standgerichte gegen die revolutionäre Arbeiterschaft. Erst nach der gemeinsamen Niederwerfung der Arbeiterschaft, nach der Schaffung jener Freikorps, die die Grundzellen der faschistischen Bewegung bildeten, nach der Ermordung der besten Führer der Arbeiterklasse und tausender namenloser revolutionärer Kämpfer, nach der Entwaffnung des Proletariats, nach der Zertrümmerung der Macht der Arbeiterräte konnte diese kapitalistische Republik sich ihre Verfassung geben.

Während die Herren in Weimar beriefen, tobte im Lande der Bürgerkrieg. Täglich fragten die Abgeordneten zitternd: „Wird es Noske schaffen?" Noske hat es geschafft. Die Staatsmacht blieb in der Hand der Kapitalistenklasse, die alte monarchistische Gesellschaft blieb in den Ämtern und an der Spitze der Wehrmacht, und so wurde die Grundlage geschaffen, auf der sich die Entwicklung von Ebert zu Hindenburg, von Noske zu Schleicher, von der mit der demokratischen Kulisse verhüllten, mit sozialen Phrasen aufgeputzten Kapitalsdiktatur zur offenen faschistischen Diktatur des Kapitals vollziehen mußte.

Arbeiterschaft vom revolutionären Kampfe ab, isolierte die revolutionäre Vorhut und ermöglichte den Sieg der Konterrevolution.

Aber die Konterrevolution kennt keine Dankbarkeit. Nachdem die Lebensretter des Kapitalismus, die sozialdemokratischen Führer ihr Werk vollbracht haben, werden sie aus den Regierungssesseln herausgeworfen und in die Lakaienstube verwiesen.

Der Weg der Weimarer Republik zur faschistischen Militärdiktatur hat gezeigt, daß die unumschränkte Kapitalsdiktatur auf dem Boden dieser Verfassung möglich ist. Hat sich diese Diktatur erst befestigt, dann kann sie auch auf diese Kulisse verzichten und sich offen die ihr völlig angemessene Staatsform wählen. Die Entwicklung der deutschen Republik hat augenscheinlich die Wahrheit des von Lenin in den von ihm verfaßten Thesen über bürgerliche Demokratie und proletarische Diktatur ausgesprochenen Grundsatzes bestätigt:

„daß in der kapitalistischen Gesellschaft bei einiger Verschärfung des ihr zugrunde liegenden Klassenkampfes es kein Mittelding geben kann zwischen Diktatur der Bourgeoisie und Diktatur des Proletariats. Jeder Traum von irgendeinem dritten ist eine reaktionäre Lamentation des Kleinbürgers."

Nach dem Kapp-Putsch schrieb Lenin:

„Nicht nur die auf niedriger Kulturstufe Stehenden, oft des Lesens und Schreibens unkundigen Massen Rußlands, sondern auch die durchweg des Lesens und Schreibens kundigen Massen Deutschlands mit ihrer hohen Kultur mußten an ihrer eigenen Haut die ganze Ohnmacht, Charakterlosigkeit, Hilflosigkeit, das ganze Lakaientum gegenüber der Bourgeoisie, die ganze Gemeinheit der Regierung der Ritter der II. Internationale, die ganze Unvermeidlichkeit der Diktatur der äußersten Reaktionäre (Kornilow in Rußland, Kapp u. Co. in Deutschland) als einzige Alternative gegenüber der Diktatur des Proletariats erfahren, um sich entschieden dem Kommunismus zuzuwenden."

Die Mehrheit der deutschen Arbeiterklasse hat damals diese Lehre des Kapp-Putsches nicht begriffen. Noch einmal ließ sich das Proletariat durch Severings Bielefelder Abkommen auf den Irrweg der bürgerlichen Demokratie locken. Darum triumphiert jetzt, 12 Jahre, nachdem der Kapp-Putsch durch den Generalstreik niedergeworfen wurde, dieselbe finstere Konterrevolution.

Das Wahlergebnis des 31. Juli hat gezeigt, daß das deutsche Proletariat die zweite historische Lektion zu begreifen beginnt. Aber noch gibt es eine Millionenmasse, die dem Trugbild von Demokratie und Republik nachjagt, noch kann es die Eiserne Front wagen, ihre Anhänger zu einer Feier dieser Verfassung, deren legitimes Kind die faschistische Diktatur ist, aufzurufen. Weil die Verfassung vom Faschismus, weil die Republik von der monarchistischen Reaktion bedroht ist, glaubt ein Teil der Arbeiterschaft, die Verteidigung dieser Republik sei das Gebot der Stunde. Wir müssen diesen Klassengenossen klarmachen, was Genosse Thälmann zu dieser Frage in seinem Artikel „Zu unserer Strategie und Taktik im Kampfe gegen den Faschismus" erklärt hat:

„Wir dürfen im Kampfe gegen Faschismus, gegen die Papen, Schleicher und gegen Hitler, im Kampf gegen jede Faschisierungsmaßnahme, die die Entrechtung der Massen steigern und die bestehenden papierenen Gesetze durch noch reaktionärere ersetzen will, keine Illusionen darüber aufkommen lassen, als ob wir für die Weimarer Republik kämpfen wollen, als ob etwa unser Ziel sei, „verfassungsmäßige Zustände" wiederherzustellen.

Wir schlagen den Faschismus, weil er den schärfsten Angriff auf die Arbeiterklasse darstellt. Wir kämpfen mit aller Kraft gegen die Papen, Schleicher und Hitler, weil sie die faschistische Diktatur aufrichten wollen, weil sie das Proletariat niederschlagen, blutig und terroristisch unterdrücken und verstärkt ausplündern, kurz, weil sie den bisherigen unerträglichen Zustand noch unerträglicher machen wollen. Wir werden jeden einzelnen Bruchteil aller Rechte der Arbeiterklasse, jede noch so kleine Konzession, die die Bourgeoisie früher der Arbeiterschaft einräumte, gegen die Papen, Schleicher und Hitler mit Anspannung aller Kräfte verteidigen.

Aber wir geben auch nicht eine Minute lang unsere Kraft, die Kraft der proletarischen Massen, dazu her, einer Brüning-Groener-Herrschaft die „Rückkehr" zu ermöglichen."

Kampf gegen die faschistische, gegen die monarchistische Reaktion und Kampf für die bürgerliche Demokratie, die bürgerliche Republik, das ist zweierlei. Wir verteidigen die demokratischen Rechte der Werktätigen im Kampf nicht für die bankrotte bürgerliche Demokratie, sondern im Kampf für die proletarische Demokratie, wir schlagen die monarchistische Reaktion nicht im Kampf für die bürgerliche Republik, sondern im Kampf für den Sozialismus.

Die Verfassung, die die Arbeiterklasse braucht, die die Demokratie für die Werktätigen sichert, eine solche Verfassung muß nach dem Vorbild der Sowjetverfassung gestaltet sein, deren zweiter Artikel lautet:

„Die Russische Republik ist ein auf der Grundlage der Föderation der Nationalen Sowjetrepubliken aufgebauter sozialistischer Staat der Arbeiter und Bauern. Die gesamte Macht in der russischen sozialistischen föderativen Sowjetrepublik gehört den Sowjets der Arbeiter-, Bauern-, Kosaken- und Rotarmisten-Deputierten."

Nach dieser Verfassung wird nicht das Eigentum der Banken und Börsenfürsten, der Junker und Kapitalisten „gewährleistet", sondern Artikel 15 dieser Verfassung verkündet:

„Der gesamte Grund und Boden, die Waldungen, Bodenschätze und Gewässer, gleichfalls die Fabriken und Werke, die Eisenbahn, Wasser- und Luftransport sowie die sonstigen Verkehrsmittel sind auf Grund besonderer durch die Union der Sozialistischen Räterepubliken und durch die obersten Organe der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik erlassener Gesetze das Eigentum des Arbeiter- und Bauernstaates."

Wenn sozialdemokratische Führer jetzt „linke" Phrasen machen über eine „zweite Republik", so ist es gewiß nicht die sozialistische Räterepublik, an die sie denken. Sie wollen weiter die Rolle zuverlässiger Stützen der Kapitalsdiktatur spielen, begnügen sich weiter mit Posten und Pöstchen in dieser kapitalistischen Republik, soweit sie dazu noch von der herrschenden Militärdiktatur die Erlaubnis bekommen. Mit solchen „Machtpositionen" kann man gewiß keine sozialistische Republik erkämpfen. Was solche „Machtpositionen" wert sind, das hat denen, die es früher noch nicht wußten, der 20. Juli offenbart.

Die Machtpositionen, die die Arbeiterschaft braucht, die liegen nicht in Regierungsbüros und Polizeipräsidien, die liegen in erster Linie **in den Betrieben.** Hier gilt es vor allem die rote Einheitsfront der Antifaschistischen Aktion zu formieren, hier sind die Voraussetzungen zu schaffen für den siegreichen Kampf der Massen, hier sind die Kampfbataillone zusammen, die nicht nur die monarchistischen Pläne zurückschlagen, die faschistische Konterrevolution abwehren, sondern sich auch gegen das kapitalistische System richten und den Weg freimachen werden für die Demokratie der Werktätigen. **Die proletarische Demokratie kann nur unter der Herrschaft der Arbeiterklasse bestehen, nur bei einer Arbeiter- und Bauernregierung, nur in einem sozialistischen Deutschland.**

Die Papen und Kompanie, die mit Hilfe dieser Verfassung auf dem Wege der Notverordnungen zur Regierungsmacht gelangten, erklären jetzt ihre Absicht, die Verfassung „umzubauen". Jene „aufstrebende Bewegung", auf die die Regierung sich stützt, jene von Papen geleiteten „aufbauwilligen Kräfte", die Bomben in Arbeiterwohnungen schmeißen und aus dem Hinterhalt Proletarier niederknallen, erklären offen ihre Feindschaft gegen die Weimarer Verfassung. Die faschistischen Machthaber, die im Rahmen der Verfassung zur Macht gekommen sind, wollen diesen Rahmen noch besser den Bedürfnissen der Herrschaft der Bajonette der unumschränkten Kapitalsgewalt anpassen. Die Einrichtung eines Oberhauses, die Abschaffung des Proportionalwahlrechts, die formelle Unabhängigkeit der Regierung vom Parlament, das sind die ersten Schritte, die geplant sind. Aber wenn es das internationale Kapital gestattet, wenn sich die verschiedenen Cliquen der Reaktion auf einen Thronprätendenten einigen, dann sind die Herrschaften entschlossen, die Monarchie **wiederherzustellen,** hat doch der oberste Hüter der Verfassung, der Innenminister Freiherr von Gayl, offen erklärt, daß diese republikanische Regierung sich aus überzeugten Monarchisten zusammensetzt.

Warum diese Feindschaft gegen die Weimarer Verfassung, gegen die bürgerliche Republik, die doch das Werk der Konterrevolution ist und für Jahre die Kapitalsdiktatur in Deutschland befestigt hat? Trotz alledem ist diese Verfassung bei den Faschisten unbeliebt, weil ihr der „Muttergeruch der Revolution" anhaftet.

Die wilhelminische Monarchie ist vor dem ersten Ansturm der proletarischen Revolution gefallen. Alle positiven Errungenschaften, die es in dieser Republik für die Werktätigen gegeben hat, von denen freilich kaum mehr etwas übrig ist, das allgemeine Wahlrecht für Männer und Frauen, der Achtstundentag, der Ausbau der Sozialgesetzgebung usw., das alles sind Nebenprodukte des revolutionären Klassenkampfes, den die Arbeiterklasse trotz der Sabotage und der Organisierung der blutigen Konterrevolution durch die Sozialdemokratie geführt hat. Die Furcht vor der proletarischen Revolution kommt auch noch in der Weimarer Verfassung zum Ausdruck.

Das wahre Wesen dieser Verfassung, das im Artikel 153 zum Ausdruck kommt, die Gewährleistung des kapitalistischen Eigentums, ist eingepackt in einen Wust „sozialer" und „demokratischer" Phrasen und Versprechungen: vom Mitbestimmungsrecht der Arbeiter, von der Sozialisierung, vom Recht auf Arbeit und ausreichenden Lohn, von der „gesunden Wohnung" usw. Durch solche Versprechungen hielt die Sozialdemokratie die Mehrheit der

---

Massenmobilisierung für stärkste Aktivität der

Antifaschistischen Aktion

Jeder Betrieb eine Festung des Antifaschistischen Massenkampfes

Antifaschisten! Kommunisten, sozialdemokratische, parteilose Arbeiter! Durch ganz Deutschland rast eine Welle des blutigen Mordterrors des Hitler-Faschismus. Arbeiterführer werden in ihren Betten erschossen, in ihre Wohnungen werden Bomben geworfen, Arbeitereinrichtungen, Partei- und Gewerkschaftshäuser, Sportlerheime und Sportplätze, Filialen der Konsumgenossenschaften werden zerstört.

Der Hitlerfaschismus unternimmt einen blutigen Angriff gegen das gesamte Proletariat. Die SA- und SS-Formationen werden zusammengezogen.

Am 31. Juli haben die Massen der Arbeiterschaft in ihrer Stimmabgabe für den Kommunismus dem blutigen Regiment des Naziterrors und dem Faschismus nicht nur eine Absage erteilt, sondern auch den Kampfwillen zum Ausdruck gebracht, das faschistische Terrorregiment zu überwinden und den Kampf für den Sozialismus zu führen.

Die ruhige aufopferungsvolle Tätigkeit von Millionen Arbeitern in der Antifaschistischen Aktion hat die Welle des nationalsozialistischen Vormarsches zum Stillstand gebracht u. die nationalsozialistische Bewegung zurückgedrängt, ihr vor allen Dingen die Arbeiter, die sie vorübergehend bei den Reichspräsidentenwahlen gewinnen konnte, wieder entrissen.

Die deutsche Bourgeoisie, im Kampf um ihre Existenz und der Durchführung ihres Ausweges aus der kapitalistischen Krise geht dazu über, den Massen des Proletariats neue unerhörte Opfer aufzuerlegen, die Unterdrückung gewaltig zu verstärken. Eine Welle des Lohnabbaues soll die Hungerlöhne der Arbeiter um 8 bis 15 Prozent herabdrücken. In der Textilindustrie haben die Unternehmer den Angriff eingeleitet und einen Lohnabzug von 6,2 Prozent durchgeführt. Diesem ersten Angriff soll der Lohnabbau in sämtlichen anderen Industriezweigen folgen. Gleichzeitig werden neue, die Lebensmittel verteuernde Steuern eingeführt.

Dem Angriff auf die Löhne und Gehälter wird ein weiterer Vorstoß gegen die Unterstützung und Renten folgen. Die Jungarbeiterschaft wird im „freiwilligen Arbeitsdienst" zu militärischem Drill und Fronarbeit angehalten.

Das Standrecht bedroht das ganze arbeitende deutsche Volk. Auf die Kundgebung gegen Hunger und gegen Not, auf den Widerstand gegen die Angriffe der Bourgeoisie wird mit der Todesstrafe gedroht.

Nicht Arbeit und Brot, sondern schwerste Strafen, langjährige Zuchthaus- und Todesstrafen sind es, die die Bourgeoisie der deutschen Arbeiterschaft gibt.

Die Herrschaft der stärksten Unterdrückung, Regierung der Nationalsozialisten, die Präsidialgewalt der Reaktion, das ist das Ergebnis der 13jährigen Tätigkeit der Sozialdemokratie in den Reichs- und Länderregierungen, der Abwürgung aller Arbeiterkämpfe, der Politik der Koalition und Tolerierung.

Die gegenwärtige Situation erfordert gebieterisch den schnellsten Zusammenschluß der gesamten Arbeiterschaft zur revolutionären Einheitsfront, zum Kampf um die Lebensexistenz des Proletariats.

Der mutige Kampf der Antifaschistischen Aktion brachte das Ergebnis des 31. Juli. Jetzt erst gilt es, die Schwerkraft unseres Kampfes in die Betriebe zu legen. Die bewährte rote Einheitsfront der Antifaschistischen Aktion, die in den Arbeiterviertel die Angriffe der braunen Mordgarden zurückwies, muß jetzt in den Betrieben die Unternehmerangriffe auf den Lohn beleuchten.

Macht die Betriebe streikfertig

Der Kampf um die Lebensbasis der Arbeiterklasse erfordert die

Antifaschistische Aktion in die Betriebe

Wir fordern alle Einheitsausschüsse der Antifaschistischen Aktion auf, sofort mit aller Kraft daran zu gehen, das Schwergewicht der Arbeit auf die Betriebe zu verlegen, in den Betrieben die rote Einheitsfront herzustellen, Einheits- und Kampfausschüsse zu bilden und im schnelleren Tempo wie bisher die betriebstreue Arbeiterschaft für die Antifaschistische Aktion zusammenzuschließen.

Vorwärts für den Kampf um die Lebensrechte der Arbeiterklasse!

Vorwärts zur Abwehr des Angriffs auf die Löhne des Proletariats!

Vorwärts im stärksten Kampf gegen die faschistische Terrorwelle!

Vorwärts für den Sieg der Arbeiterklasse, für den Sieg des Sozialismus!

Höchste Kraftanspannung! Keine Müdigkeit! Kein Zögern! Kühner hoch die Fahne unseres Kampfes! Unsere Aktion hat die Nazis in die Defensive getrieben, laßt sie nicht aus dem Kessel, das einige Proletariat wird der Sieger sein.

Wir ersuchen alle Ausschüsse, sofort zu unserem Anweisungen Stellung zu nehmen und die entsprechenden Maßnahmen zu treffen.

Bezirksausschuß Sachsen
der Antifaschistischen Aktion

Naziterroristen werden zu „Märtyrern"

Bombenleger von seiner eigenen Granate zerrissen. Weitere viehische Arbeitermorde

Der gestrige „Freiheitskampf" brachte an der Spitze der Zeitung eine Meldung unter der Ueberschrift: „Pg. Jenke ermordet", die folgenden Wortlaut hat:

„In der Nacht zum Dienstag wurde auf den SS-Mann Jenke in Reichenbach bei Breslau ein Mordanschlag verübt. Jenke befand sich auf dem Heimweg, als plötzlich aus einem nahe dem Wege befindlichen Gebüsch ein Sprengkörper mit großer Zielsicherheit geworfen wurde. Die Explosion war weithin hörbar. Pg. Jenke erlitt schwere Verletzungen, denen er auf dem Wege nach dem Krankenhaus erlegen ist. Nach dem Mordanschlag befanden sich am Tatort ausschließlich Reichsbannerleute und Kommunisten, die mit Blendlaternen und Stöcken ausgerüstet waren. Unter ihnen war auch der Schriftleiter des marxistischen Blattes „Der Proletarier". Es steht außer Zweifel, daß der Anschlag von den verrufenen Banden der Linken planmäßig ausgeführt worden ist."

Als das Nazi-Organ diese Schwindel- und Hetzmeldung in die Welt setzte, lag bereits der polizeiamtliche Bericht über den Vorfall vor. Hugenbergs Telegraphenunion meldet darüber:

„Reichenbach im Eulengebirge, 9. August. In der Nacht zum Dienstag wollte der SS-Mann Jenke, wie die Polizeiverwaltung Reichenbach mitteilt, auf den Schriftleiter des sozialdemokratischen „Proletarier" in Reichenbach, Peiche, der sich mit einem Freunde auf dem Heimweg befand, einen Handgranatenanschlag verüben. Die Handgranate explodierte aber noch in der Hand Jenkes, riß ihm die Hand ab und brachte Jenke außerdem noch andere schwere Verletzungen bei, denen er auf dem Wege ins Krankenhaus erlag. Zwei nach Angaben Peiches beteiligte Personen, die in der Nähe des Tatortes waren, konnten bisher nicht festgestellt werden."

Das Naziblatt macht also aus dem Verbrecher einen Märtyrer und treibt eine bewußte Mordhetze mit der Behauptung von einem Mord, der „vom Anghörigen des Reichsbanners und von Kommunisten ausgeübt" sei.

Am 1. August drohte der Reichskommissar Dr. Bracht mit „unsichtbare Berichterstattung" der Presse „schärfste Einschränkung ihrer Freiheit" an. Die Naziprelle lügt und hetzt ohne Maß — für sie scheint die Drohung nicht zu gelten. Um so rücksichtsloser wird die Arbeiterschaft den Mordhetzern auf die Finger sehen.

Mit Bomben und Handgranaten

Berlin, den 10. August 1932

Gegen die Wohnung des Stadtverordnetenvorstehers Rechtsanwalt Doelch in Kassel (Ostpreußen), der Mitglied der Zentrumspartei ist, wurden in der Nacht zum Dienstag 4 Kugelschüsse abgegeben.

Am Mittwoch, kurz nach 3 Uhr wurde auf das Eingangstor Verlagshaus der „Freien Presse", in dem auch das Büro der SPD in Elbing sich befindet, ein Bombenanschlag verübt. Die Büroräume wurden zerstört, alle Fenster der umliegenden Häuser sind zertrümmert.

Vor dem Arbeitsamt in Lauban in Schlesien wurde eine Stielhandgranate zur Explosion gebracht, die erheblichen Schaden anrichtete.